URL:
http://www.morgenpost.de/printarchiv/seite3/article1051762/Als_der_Protest_gegen_die_SED_eine_Stimme_fand.html

Friedliche Revolution

Als der Protest gegen die SED eine Stimme fand

11. März 2009 – Berliner Morgenpost

Von Sven Felix Kellerhoff

Für die SED war es die größte vorstellbare Provokation:
„Die Menschenrechte sind unteilbar. Mit dem Hinweis auf die Verwirklichung sozialer Rechte und Pflichten dürfen nicht die politischen Rechte und Pflichten gering geschätzt werden - und umgekehrt."
- Diese Sätze standen in dem Aufruf, den die Ost-Berliner Bürgerrechtler-Gruppe Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) heute vor genau 20 Jahren in Umlauf brachte.

Die Staatspartei der DDR fühlte sich zu Recht attackiert, denn die Autoren des vierseitigen Aufrufs rührten gleich an mehrere Tabus der Diktatur. "Wir wussten schon, was wir da schrieben", sagt Gerd Poppe heute, einer der Autoren des Papiers: „Es war eine Gratwanderung, denn zu dieser Zeit konnte sich das Regime ja durchaus noch wehren." Es gab Verhaftungen von Oppositionellen, in Ost-Berlin ebenso wie in Leipzig, aber auch in der Tschechoslowakei. „In der damaligen Situation war unsere Forderung das Maximum. Niemand konnte damals wissen, dass nur ein Dreivierteljahr später die Mauer zum Einsturz gebracht würde."
Die Erkenntnis, dass - angebliche oder tatsächliche - soziale Rechte niemals eine Einschränkung der Menschenrechte legitimieren, konnte der SED nicht gefallen. Denn mit ihrem „Kampf für Frieden und Sozialismus" hatten die Parteifunktionäre die Diktatur immer wieder gerechtfertigt.

Affront gegen die DDR-Verfassung

Doch die Autoren des Aufrufs gingen weiter: „Der Entwicklung von Demokratie steht die Festschreibung der Vormachtstellung einer Klasse, Schicht oder Partei diametral entgegen. Für die DDR ist die Trennung von Partei, Staat und Gesellschaft notwendig."

Das war ein Frontalangriff auf die DDR-Verfassung in ihrer seit 1974 gültigen Form. Denn deren Artikel 1 hatte festgelegt: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei."
„Meines Wissens wurde in unserem Aufruf zum ersten Mal so deutlich dieses Fundament der DDR infrage gestellt", erinnert sich Poppe.
Ähnliche Überlegungen gab es zwar auch in anderen Oppositionszirkeln, zum Beispiel jenen, aus denen einige Monate später die Bürgerbewegung Neues Forum oder die „SDP" genannten Sozialdemokraten in der DDR hervorgingen. Aber ausdrücklich und öffentlich formuliert hat zuerst die IFM ihre Ablehnung.
Der Aufruf kam natürlich nicht aus dem Nichts.

Schon in den 80er-Jahren wuchs die Opposition in der DDR. Verschiedene Bürgerrechts- und Friedensgruppen hatten sich gebildet, die oft, aber nicht immer unter dem Dach der Kirche zusammenkamen.
Den meisten Kreisen war gemeinsam, dass sie die tief greifende Militarisierung der DDR-Gesellschaft durch den verpflichtenden „Wehrkunde"-Unterricht an den Schulen und die zunehmende Präsenz von Uniformen und Armee im Alltag ablehnten.
Das seinerzeit zu empfangende Westfernsehen führte vielen Pazifisten in der DDR vor Augen, dass es in der Bundesrepublik eine breite Friedensbewegung gab, die heftig gegen die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) protestierte und gegen ihren wichtigsten Verbündeten, die USA unter Präsident Ronald Reagan, demonstrierte.
In der DDR war dagegen keinerlei Kritik an der SED und der Sowjetunion möglich. Wer es wagte, geriet ins Fadenkreuz der Stasi. Deshalb gab es nur wenige Hundert Oppositionelle.

Die Initiative Frieden und Menschenrechte entstand Ende 1985, beteiligt waren neben dem Ehepaar Gerd und Ulrike Poppe zum Beispiel Bärbel Bohley, Wolfgang Templin und Ralf Hirsch.
Der 1941 in Rostock geborene Poppe lehnte das SED-Regime spätestens seit der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 grundlegend ab. Er war befreundet mit den bekannten Dissidenten Robert Havemann und Wolf Biermann. Als der Liedermacher Biermann 1976 ausgebürgert wurde, schrieb Poppe einen Protestbrief an SED-Chef Erich Honecker. Die Konsequenz ließ nicht lange auf sich warten: Die Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften löste den bereits geschlossenen Arbeitsvertrag mit dem Physiker wieder auf; in den folgenden sieben Jahre musste Poppe seinen Lebensunterhalt als Maschinist in einer Ost-Berliner Schwimmhalle verdienen. Doch er ließ sich nicht einschüchtern, sondern setzte seine Kritik fort. Er schrieb zum Beispiel in illegalen Zeitschriften.

Das MfS versuchte mit einer doppelten Strategie, den Kritiker zum Verstummen zu bringen: „Meiner Frau und mir wurde wiederholt angeboten, die DDR verlassen zu können. Immer durch Mittelsmänner, nie durch die Stasi direkt", erinnert sich Poppe. Doch obwohl das Ehepaar zwei kleine Kinder hatte, geboren 1979 und 1981, lehnten die Poppes ab: „Wie hätten wir vor unseren Freunden dagestanden: Erst grundlegende Reformen fordern, aber dann in den Westen gehen?"

Die zweite Strategie des MfS war die „Zersetzung" von Oppositionellen. Auch die Poppes wurden zum Ziel. Zeitweise waren mehr als zwei Dutzend Spitzel auf sie angesetzt; in der Stasi-Akte von Gerd Poppe finden sich für 1976 bis 1989 Hinweise auf mindestens 44 Inoffizielle Mitarbeiter (IM). Unter den zwei Dutzend IFM-Mitgliedern waren sieben Spitzel. „Damals dachte ich mir: ‚Die können einfach nicht schreiben', so schlecht waren ihre Entwürfe für unsere Aufrufe. Aber inzwischen weiß ich, dass System dahinter stand."

Nur tausend Exemplare

Aber obwohl die Taktik durchaus funktionierte, durch bewusst gesäten Streit in der Gruppe deren Arbeit zu behindern, blieb dem MfS der erhoffte Erfolg versagt: „An unserem Aufruf vom 11. März 1989 hat kein einziger der später als IM enttarnten ‚Freunde' mitgewirkt. Zwar wusste die Stasi genau über unsere Diskussion Bescheid, aber hindern konnte sie uns nicht."

Heute vor genau 20 Jahren begann die IFM, ihren mit Wachsmatrizen in einer Auflage von nur tausend Stück hergestellten Aufruf zu verteilen - an Bekannte in verschiedenen Städten der DDR, aber auch an westliche Medien. „Unsere Hoffnung war, eine Bewegung über den Ost-Teil Berlins hinaus zu organisieren", sagt Poppe. Das gelang zunächst nur in geringem Maß.

„Das März-Papier kann als Vorläufer der Gründungsaufrufe für die neuen Reformbewegungen vom Spätsommer 1989 gelten, löste aber noch keine Mobilisierung aus", sagt Ehrhart Neubert, selbst als Pfarrer ein wichtiger SED-Kritiker und heute der wohl wichtigste Historiker der DDR-Opposition. Auch die Berliner Morgenpost registrierte den Aufruf damals nur in einem kleinen Dreispalter.

„Wir hatten ohnehin nicht damit gerechnet, dass nun gerade dieser Aufruf zum ganz großen Durchbruch führen würde", räumt Poppe 20 Jahre später ein. „Aber wir haben immer alles öffentlich gemacht und uns so verhalten, als würden wir schon in der offenen, pluralen und rechtsstaatlichen Gesellschaft leben, die wir forderten. Anders wäre Opposition für uns nicht möglich gewesen."